



An die  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 19. Februar 2019

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion  
am 19. Februar 2019**

**Inhalt**

<b>1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....</b>	<b>2</b>
<b>2. ZUR LAGE .....</b>	<b>3</b>
<b>3. ZUR WOCHE.....</b>	<b>5</b>
TOP 6: Kinder und Jugendhilfe weiterentwickeln.....	5
TOP 8: Afghanistan bei Ausbildung nationaler Sicherheitskräfte unterstützen ....	5
TOP 10 und 11: Vorbereitungen für unregelmäßigen Brexit treffen .....	6
TOP 15: Beteiligung an VN-Mission in Darfur (UNAMID) verlängern .....	6
TOP 17: Beteiligung an VN-Mission im Südsudan (UNMISS) verlängern .....	7
TOP 19: Mittelmeerraum stabilisieren.....	7
TOP 20: Bundeswehr nimmt teil am Digitalfunk.....	8
TOP 22 Änderung des Seearbeitsgesetzes.....	8
TOP 23: Fraktionsübergreifende Initiative zur Gründung der „Stiftung Forum Recht“ .....	8
TOP 25 Volkskrankheiten effektiver bekämpfen .....	9

## **1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE**

### **Grundrente**

Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung - ohne Wenn und Aber. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb ist der Vorschlag von Hubertus Heil für eine Grundrente richtig - und finanzierbar. Zwei Drittel der Deutschen sehen das auch so - wir bleiben dran. Das ist Politik für ein #solidarischesLand.

### **100 Jahre Frauenwahlrecht**

Am 19. Februar ist es 100 Jahre her, dass die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste weibliche Abgeordnete in einem deutschen Parlament gesprochen hat. In dieser Woche feiern wir den Mut und die Kraft der Frauen, die dies mit der SPD an ihrer Seite erkämpft haben. Und für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Dieser Weg ist noch nicht zu Ende. Deshalb haben wir am Montag den Marie-Juchacz-Preis an junge engagierte Frauen verliehen, die weiter für gleiche Rechte kämpfen. Und die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt dieses Ziel weiter, mit der Debatte über Paritätsgesetz für die gleiche Anzahl von Frauen und Männern im Parlament. Das ist Politik für ein #solidarischesLand.

## **2. ZUR LAGE**

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute genau vor 100 Jahren hat mit der Genossin Marie Juchacz das erste Mal eine Frau vor einem deutschen Parlament gesprochen. Dieses historische Ereignis haben wir gestern Abend angemessen gefeiert und an junge engagierte Frauen den Marie-Juchacz-Preis verliehen.

### **Langer Weg zur Gleichstellung**

Wir haben in den letzten Jahren große Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht. Allerdings sind wir von einer wirklichen Gleichstellung von Mann und Frau noch weit entfernt. Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die schlechtere Bezahlung von Frauen und deren schlechtere Karriereaussichten im Beruf. Mit zahlreichen Gesetzesänderungen und Initiativen haben wir Verbesserungen erreicht, aber der Weg ist noch weit.

Gut sichtbar ist in Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auch im Deutschen Bundestag und den Landesparlamenten. Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung aber nur 31% der Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Deshalb wollen wir das Wahlrecht ändern und festschreiben, dass die Hälfte aller Listenplätze an Frauen zu vergeben ist und zwar im Wechsel. Nur so können wir in allen Parteien für eine deutlich bessere Vertretung von Frauen sorgen.

### **§ 219a StGB**

In dieser Woche ändern wir den Paragraphen 219a StGB. Unser Ziel war es, die Situation betroffener Frauen sowie von Ärztinnen und Ärzte zu verbessern. Das haben wir erreicht.

Für betroffene Frauen stellen wir sicher, dass sie die notwendigen Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch bekommen können, die sie in der Notlage brauchen. Ärztinnen und Ärzte können auf ihren Homepages darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und direkt auf Informationsangebote über Methoden verweisen. Für die Ärztinnen und Ärzte schaffen wir damit Rechtssicherheit, indem wir klarstellen, wie sie über das Angebot eines Schwangerschaftsabbruchs informieren können.

Das sind wichtige Fortschritte, die wir in harten Verhandlungen mit der Union erreicht haben. Unser politisches Ziel bleibt die komplette Abschaffung des Paragraphen 219a StGB.

Eure

Gez. Andrea Nahles

### **3. ZUR WOCHE**

#### **TOP 6: Kinder und Jugendhilfe weiterentwickeln**

In dem Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßen wir den im BMFSFJ gestarteten umfassenden Dialogprozess zur Modernisierung der Kinder und Jugendhilfe. Die Kinder- und Jugendhilfe soll in einem transparenten Verfahren weiterentwickelt werden. Dabei soll die Perspektive der Betroffenen und Beteiligten sowie von Familienrichterinnen und -richtern stärker berücksichtigt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Reform der Kinder- und Jugendhilfe vorzulegen.

#### **TOP 8: Afghanistan bei Ausbildung nationaler Sicherheitskräfte unterstützen**

Diese Woche beraten wir einen Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO-Mission RESOLUTE SUPPORT in Afghanistan. Das gemeinsame Engagement der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft hat in den letzten achtzehn Jahren greifbare Ergebnisse hervorgebracht: Lebenswichtige Transport- und Versorgungsinfrastruktur wurde wieder hergestellt, das Bildungssystem und die Gesundheitsversorgung haben sich grundlegend verbessert, Frauen spielen eine zunehmend wichtigere Rolle im öffentlichen Leben und es gibt eine vielfältige Medienlandschaft sowie freie politische Debatten. Allerdings sind auf all diesen Feldern weitere Anstrengungen nötig, damit Afghanistan den Rückstand aufholen kann, der in den Jahrzehnten bewaffneter Konflikte entstanden ist. Denn gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie brüchig bereits erzielte Fortschritte weiterhin sind. Die Regierung ist nicht in allen Landesteilen handlungsfähig; Korruption und Armut sind weit verbreitet.

Auftrag der Mission bleibt es deshalb, die Leistungsfähigkeit der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu erhöhen. Ziel ist es, die afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, die Sicherheitsverantwortung auf lange Sicht flächendeckend und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Darüber hinaus kann die Bundeswehr im Notfall auch Personal der internationalen Gemeinschaft, das im zivilen Wiederaufbau engagiert ist, unterstützen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll das Bundeswehrmandat bis zum 31. März 2020 verlängert werden. Für die Beteiligung an der Mission können bis zu 1.300 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.

## **TOP 10 und 11: Vorbereitungen für unregelmten Brexit treffen**

Die Gesetzentwürfe, die wir unter TOP 10 und 11 in zweiter und dritter Lesung beraten, sollen Rechtssicherheit für den Fall eines unregelmten Brexits schaffen. Denn mit einem unregelmten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU enden auch die Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie die Mitgliedschaft im Europäischen Währungsraum (EWR).

Mit dem Brexit-Übergangsgesetz gewährleisten wir deshalb sozialen Schutz für Bürgerinnen und Bürger aus dem Vereinigten Königreich bzw. Deutschland, die u. a. Ansprüche in der Kranken-, Pflege-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung erworben und vor dem EU-Austritt Großbritanniens relevante Zeiten im Sinne der oben genannten Koordinierungsvorschriften zurückgelegt haben. Britische Staatsbürger, die vor dem 30. März 2019 einen Antrag auf Einbürgerung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben, müssen nicht wie sonst üblich ihre britische Staatsbürgerschaft aufgeben. Umgekehrt verlieren Deutsche, die einen Antrag auf Einbürgerung in Großbritannien gestellt haben, nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit.

Das Brexit-Steuerbegleitgesetz enthält steuerliche und finanzmarktrechtliche Regelungen zur Begleitung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Das Vereinigte Königreich wird ab dem 30. März 2019 bzw. bei einem Austrittsabkommen nach Ablauf der vereinbarten Übergangsfrist wie ein Drittstaat behandelt. Um unvorhergesehene Belastungen abzuwenden, sollen Sonderregelungen, die für EU-Sachverhalte eine günstigere Besteuerung vorsehen als für Nicht-EU-Sachverhalte, für Altfälle fortgelten. Auch sollen Unternehmen aus dem Finanzsektor aus Großbritannien übergangsweise ihr Marktzugangsrecht behalten können, um Risiken für die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte zu vermeiden.

## **TOP 15: Beteiligung an VN-Mission in Darfur (UNAMID) verlängern**

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Darfur war 2017 durchaus positiv. Die Regierung Sudans hat einen einseitigen Waffenstillstand 2017 sukzessive verlängert und sowohl Regierung als auch bewaffnete Gruppen haben Kriegsgefangene freigelassen.

Gleichwohl steht die Sudan-Sahel-Region vor großen grenzüberschreitenden Herausforderungen sowie vor ungelösten politischen Konflikten, die erhebliches Potenzial für eine weitere Destabilisierung der Region haben. Eine Bewältigung dieser Herausforderungen ist ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nicht vorstellbar. Deshalb bleibt die VN-Mission UNAMID zum Schutz von Zivilisten und zur Begleitung der politischen Verhandlungen bis auf weiteres unverzichtbar.

Der vorliegende Antrag sieht vor, die deutsche Beteiligung an UNAMID bis zum 31. März 2020 zu verlängern. Die Truppenobergrenze von 50 Soldatinnen und Soldaten soll bestehen bleiben. Der deutsche militärische Beitrag wird wie bisher im Wesentlichen in der Beteiligung von Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission bestehen.

#### **TOP 17: Beteiligung an VN-Mission im Südsudan (UNMISS) verlängern**

Auch acht Jahre nach seiner Unabhängigkeit hat Südsudan keinen Frieden gefunden und bleibt auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Zwar haben sich die Bürgerkriegsparteien im September 2018 auf ein Friedensabkommen geeinigt, doch die Sicherheitslage bleibt vor dem Hintergrund fortbestehender auch ethnischer Differenzen weiterhin angespannt. Zudem sind von gut zwölf Millionen Einwohnern über sieben Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Aktuell sind sechs Millionen Menschen von starker Nahrungsmittelunsicherheit bedroht.

Die prioritäre Ausrichtung von UNMISS bleibt der Schutz der Zivilbevölkerung. Der deutsche militärische Beitrag soll weiterhin in der Beteiligung von Einzelpersonal in Führungsstäben der Mission sowie Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren bestehen. Der vorliegende Antrag sieht eine Verlängerung des Mandats bis zum 31. März 2020 vor. Die Truppenobergrenze soll weiterhin bei 50 Soldatinnen und Soldaten liegen.

#### **TOP 19: Mittelmeerraum stabilisieren**

Rund ein Drittel aller über See verschifften Güter und ein Viertel aller Öltransporte weltweit werden durch das Mittelmeer geleitet. Daher ist die Sicherheit im Mittelmeerraum für die NATO und ihre Mitglieder von zentraler Bedeutung. Fehlende staatliche Kontrolle über weite Küstenbereiche des Mittelmeerraumes sowie anhaltende politische Instabilität in einzelnen Staaten eröffnen terroristischen Organisationen jedoch Rückzugs- und Herrschaftsräume. Die NATO-geführte Maritime Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN soll wie im vergangenen Jahr im gesamten Mittelmeer einen Beitrag zur maritimen Sicherheit und gegen maritimen Terrorismus leisten. Die Aufgabe der deutschen Streitkräfte bleibt es, einen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zum Lagebildaustausch sowie zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels im maritimen Umfeld zu leisten. Der vorliegende Antrag der Bundesregierung sieht weiterhin den Einsatz von bis zu 650 deutsche Soldatinnen und Soldaten vor. Die Mandatslaufzeit soll bis zum 31. März 2020 verlängert werden.

## **TOP 20: Bundeswehr nimmt teil am Digitalfunk**

Um auf bereits bestehende Digitalfunk-Erfahrungen aufzubauen und Kosten für den Aufbau einer eigenen Digitalfunk-Infrastruktur zu sparen, soll die Bundeswehr zukünftig mit bis zu 40.000 Teilnehmenden am Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) partizipieren. Um das zu ermöglichen, muss das BDBOS-Gesetz geändert werden, da die neuen Teilnehmenden nicht BOS im Sinne der BOS-Funkrichtlinie sind. Bislang nehmen bereits Teile der Bundeswehr, wie zum Beispiel die Feldjäger, Bundeswehr-Krankenhäuser oder die Bundeswehr-Feuerwehr am Digitalfunk teil. Dies soll jetzt weiter ausgebaut werden.

## **TOP 22 Änderung des Seearbeitsgesetzes**

Die in deutschen Seehäfen bestehenden Sozialeinrichtungen für Seeleute befinden sich in der Trägerschaft kirchlicher Einrichtungen. Der Bund muss aus diesem Grund keine unmittelbar staatlichen Einrichtungen für die soziale Betreuung der Seeleute an Land schaffen. Daher beteiligt er sich an der Finanzierung der kirchlichen Einrichtungen. Mit dem von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetz, das wir diese Woche verabschieden, wird die Summe, mit der sich der Bund an den Kosten der Deutschen Seemannsmissionen e. V. und Stella Maris beteiligt, von 500.000 Euro auf eine Million Euro verdoppelt.

## **TOP 23: Fraktionsübergreifende Initiative zur Gründung der „Stiftung Forum Recht“**

Unser Rechtsstaat und unsere Demokratie sind in zunehmendem Maße mit Kritik und Anfeindungen konfrontiert, die nicht selten auf falschen Informationen und falschen Tatsachenbehauptungen beruhen. Das gefährdet unser demokratisches und freies Zusammenleben. Wie kann also das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt werden? Wie kann die Rechtsstaatlichkeit als grundlegender Wert unserer Demokratie mehr Unterstützung finden?

Die SPD Fraktion bringt an diesem Freitag gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der „Stiftung Forum Recht“ in den Deutschen Bundestag ein. Die „Stiftung Forum Recht“ hat das Ziel, den Wert und die Bedeutung des Rechtsstaats stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. In § 2 „Stiftungszweck“ heißt es: „Zweck der Stiftung ist, in einem auf Bürgerbeteiligung angelegten Kommunikations-, Informations- und Dokumentationsforum aktuelle Fragen von Recht und Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland als Grundvoraussetzung einer funktionsfähigen



und lebendigen Demokratie aufzugreifen und diese für alle gesellschaftlichen Gruppen in Ausstellungen und Aktivitäten vor Ort und im virtuellen Raum erfahrbar werden zu lassen. Dabei sind die historischen, europäischen und internationalen Bezüge angemessen zu berücksichtigen.“

Die Stiftung, die in Karlsruhe ihren Sitz hat, verfügt ebenfalls über einen Standort in Leipzig. Sie soll u. a. Ausstellungen und Veranstaltungen durchführen, zeitgemäße Kommunikationsformate entwickeln, sich an der Forschung und Schulung pädagogischer Angebote beteiligen und in die Gesellschaft hinein wirken, für den Rechtsstaat werben und diesen erfahrbar und erlebbar machen.

### **TOP 25 Volkskrankheiten effektiver bekämpfen**

Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung ist zum 1. Januar 2019 in Kraft getreten und definiert die Strategie der Bundesregierung auf diesem Feld. Mit den Fördermaßnahmen des Programms will die Bundesregierung in den kommenden zehn Jahren die bedeutendsten Krankheitsbilder angehen, zukunftssträchtige Methoden und Technologien fördern sowie die Rahmenbedingungen von Forschung verbessern. Zudem stellt das neue Rahmenprogramm die Überführung von Forschungsergebnissen in die medizinische Versorgung in den Mittelpunkt.

Durch eine verstärkte Forschungsförderung will die Bundesregierung Volkskrankheiten noch effektiver bekämpfen. Krebs und psychische Erkrankungen sollen dabei einen Schwerpunkt bilden. Zugleich sollen Gesundheitsinnovationen vorangetrieben und mit Hilfe von Strukturförderungen der Forschungsstandort gestärkt werden.

Mit der Gründung von zwei neuen Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung sollen zudem die speziellen Belange von Kindern und Jugendlichen sowie psychisch Erkrankten mehr Beachtung finden. Forschung und Versorgung sollen in diesen Zentren eng zusammenarbeiten, so dass die Erkenntnisse schnell den Patientinnen und Patienten zugutekommen.